PB.B-01-009

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Kreisverband Wuppertal (Mitgliederversammlung)
Beschlussdatum:	25.04.2021

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 8 bis 11:
einer vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von der Familie, dem Nachnamen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. ~~Und die~~Deshalb muss Bildung von der Kita, über Ausbildung und Studium, bis zur Weiterbildung vollständig gebührenfrei sein. Nur wenn alle Menschen gleichen Zugang erhalten, kann Bildung echte Changengleichheit schaffen. Auch versteckte finazielle Hürden müssen abgebaut werden. Die Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder auf wenig Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Smartphones fehlt und

Begründung

Bildung soll Changengleichheit schaffen. Das geht aber nur bei gleichem Zugang zu Bildung in all ihren Formen, zu jeder Zeit und für alle Menschen. In unserem Bundestagswahlprogramm sollten wir GRÜNE eine klare Haltung zeigen: Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb auch solidarisch von der gesamten Gesellschaft finanziert werden.

Diese Haltung muss gelten für alle Bildungseinrichtungen, von der KiTa bis zur VHS und für alle Menschen in Deutschland und weltweit. Denn wann immer Bildung mit Gebühren verbunden ist, erschwert das den Zugang für Menschen mit geringem Einkommen und errichtet finanzielle Hürden abhängig von der Herkunft eines Menschen. Bildung aber darf kein Privileg sein für all jene, die über das nötige Geld verfügen oder das Glück hatten in einem reichen Land geboren worden zu sein. Stattdessen sollen Schüler*innen, Auszubildende und Studierende aus allen sozialen Schichten und aus der ganzen Welt in Deutschland dieselben Chancen auf Bildung haben. Dafür sollten wir GRÜNE alle finanzielle Hürden abbauen und das universelle Menschenrecht auf Bildung endlich verwirklichen.

Natürlich können etwa KiTa oder VHS-Gebühren nicht ohne Ersatz von Heute auf Morgen gestrichen werden. Die zukünftige GRÜNE Bundestagsfraktion ist am besten in der Lage, Möglichkeiten zu finden, um vollständig gebührenfreie Bildung umzusetzen. Dies muss auch im Austausch geschehen mit allen anderen beteiligten Akteur*innen auf Landes- und kommunaler Ebene. Deshalb sollten an dieser Stelle noch keine Kompromisse mit den zukünftigen politischen Partner*innen vorweggenommen werden. Auch in Koalitionsverhandlungen können GRÜNE nicht mit Minimalforderungen gehen. Vielmehr sollte unser GRÜNES Wahlprogramm das politische Ziel klar und kurz formulieren und damit unsere GRÜNE Haltung zum Ausdruck bringen: Bildung ist kein Privileg. Bildung ist ein Recht!